

ERSCHIENEN in: IWK-Mitteilungen 4/1996, 26-38

INSTITUTIONALISIERTE ILLUSIONEN: FORSCHUNG, AUSBILDUNG UND BILDUNG AN DER UNIVERSITÄT

Elisabeth Nemeth

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Bildungs- und Universitätspolitik der Regierung im Sommersemester 1996 sind Fragen nach der gesellschaftlichen Funktion der Universität in den Mittelpunkt von Diskussionen außerhalb und innerhalb der Universität gerückt. Das Ministerium verlangte stärker an Ausbildungszielen orientierte Studienpläne (Stichwort „Verwendungsprofil“ der Absolventinnen und Absolventen); viele Lehrende an der Universität sahen angesichts drastisch erhöhter Lehrverpflichtung die Forschung an der Universität gefährdet; und Studentinnen und Studenten verteidigten die Universität als Institution, deren Bildungsaufgabe nicht wirtschaftlichen Verwertungsinteressen geopfert werden dürfe.

I. ILLUSIONEN

Ich möchte meine Überlegungen beginnen, indem ich die im Titel enthaltene Behauptung, Forschung, Ausbildung und Bildung an der Universität seien Illusionen, erläutere, und zwar an Hand einiger Facetten, die mir für die Diskussionen um die gesellschaftliche Funktion der Universität, wie sie im letzten Sommersemester geführt worden sind, charakteristisch zu sein scheinen.

1. Die Universität als Ort der Forschung: die Illusion der Universitätslehrerinnen und Universitätslehrer.

Für die Protestbewegung an den Universitäten spielte die Sorge der Universitätslehrerinnen und Universitätslehrer, sie würden angesichts drastisch erhöhter Lehrverpflichtungen noch weniger Zeit für die Forschung haben als bisher, eine entscheidende Rolle. Ohne ausreichende Forschung werde aber auch die Qualität der Lehre sinken - die Universität daher zu einer bloßen Ausbildungsstätte auf sinkendem Niveau herunterkommen.

- Eine Studie über das Bild, das die Österreicherinnen und Österreicher von der Universität haben, muß freilich in diesem Zusammenhang zu denken geben. Daß die überwiegende Mehrzahl so gut wie keine Vorstellung davon hat, was die Universitäten leisten, mag noch nicht erstaunen. Diejenigen allerdings, die sich unter der Universität etwas vorstellen, halten sie für eine hohe Schule der Berufsbildung: sie bringt vor allem Ärzte und Juristen hervor, bietet eventuell auch noch Ausbildung in Sprachen. Die Ergebnisse unter den Absolventinnen und Absolventen sind besonders interessant: auch hier sind die meisten der Auffassung, daß die Universität eine Berufsausbildung bietet. Den Studierenden scheint die Universität als Forschungsinstitution nicht sehr aufgefallen zu sein.¹
- Schon in Bourdieus Studie zur Universität der 60er Jahre² zeigt sich, daß Universitätslehrer die wissenschaftliche Qualität ihrer Arbeit als ihre wichtigste Legitimierung ansehen, viele von ihnen aber betonen, daß in ihrem Zeitbudget die Forschung gegenüber der Lehre zu kurz kommt. Damals hatte sich in Frankreich die Situation der Universitäten schon in Richtung Massenuniversität verändert. (Österreich zog damals erst allmählich nach.³) Bourdieu zeigt freilich, daß die durch die hohe Zahl

¹ Siehe dazu: Maximilian Gottschlich: „Universität und Öffentlichkeit - Symptome kommunikativen Verfalls“, in: *communications. The European Journal of Communication*, Vol. 16, 3/1991, S.269-282

² In der Folge beziehe ich mich immer auf Pierre Bourdieu: *Homo academicus* (franz. 1984). dt. Übers. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1988

³ Siehe dazu: Ulrike Felt und Elisabeth Nemeth: „Universität, Demokratie und Hochschulreform im Nachkriegsösterreich: Über Möglichkeiten und Grenzen demokratischer Entscheidungsstrukturen“, in:

von Studierenden veränderten Rahmenbedingungen nur zur Verschärfung einer bereits bestehenden Dominanz der Lehre gegenüber der Forschung geführt haben. Nach Bourdieu ist die Tendenz zu diesem Ungleichgewicht in der gesellschaftlichen Funktion der Universität begründet.

Der Verteidigung der Forschung an der Universität liegt eine Illusion zugrunde. Hochqualifizierte wissenschaftliche Forschung findet schon seit längerer Zeit nicht mehr hauptsächlich an den Universitäten statt, sie wird zunehmend in außeruniversitären Instituten betrieben. Wissenschaftsforscher sprechen von einem internationalen Trend. Dieser trifft in der Universität auf eine institutionelle Struktur, die - falls Bourdieus Analyse auch auf Universitäten außerhalb Frankreichs zutrifft - selbst zur Dominanz forschungsfeindlicher Kräfte tendiert.

2. Die Universität als Ort der beruflichen Ausbildung: die Illusion von Studierenden und von Ministerialbeamten.

Ein großer Teil der Studierenden erwartet, daß sie mit einem Universitätsabschluß eine Chance für eine gute Position innerhalb des von ihnen angestrebten Berufs haben werden. Aber auch in Bereichen, wo die Studien mit einem relativ genau umrissenen Berufsbild verbunden sind (z.B. technische Studien, Naturwissenschaften, Medizin, Jus und Lehramt für AHS), haben Absolventinnen und Absolventen bereits jetzt große Schwierigkeiten, entsprechende Einstiegsmöglichkeiten in berufliche Laufbahnen zu finden. Die Akademikerarbeitslosigkeit ist keineswegs nur ein Phänomen der „Orchideenfächer“.

Dennoch zielt das vom Ministerium vorgeschlagene neue Universitätsstudiengesetz darauf ab, die Studien über „Verwendungsprofile“ stärker an die künftige berufliche Praxis zu binden. Aber wie können diejenigen, die nach dem Gesetz über diese „Verwendungsprofile“ zu urteilen haben werden - nämlich Interessenvertretungen und Berufsverbände, Ministerien und Landeshauptleute ... - die Anforderungen eines imaginären zukünftigen „Marktes“ voraussehen?

Der Orientierung der Studien an beruflichen Anforderungen liegt eine Illusion zugrunde, nämlich die Illusion, die Arbeitslosigkeit von Akademikerinnen und Akademikern könnte durch eine gesteigerte Zielgenauigkeit der auf bestimmte Berufsprofile zugeschnittenen Qualifikationen aus der Welt geschafft werden.

3. Die Universität als Ort der Bildung: die Illusion der kultur- und geisteswissenschaftlichen Studienrichtungen?

Gegen die verordnete Orientierung der Studienpläne an ökonomisch verwertbaren Ausbildungsprofilen traten vor allem Studierende und Lehrende aus denjenigen Studienrichtungen auf, die unter den stärksten Druck geraten waren, den sogenannten Geistes- und Kulturwissenschaften. Sie verteidigten die Universität als Institution, deren genuine Bildungsaufgabe nicht wirtschaftlichen Verwertungsinteressen geopfert werden dürfe.

Die Vorstellungen, die in dem letzten Fall wirksam sind, interessieren mich am meisten. Erstens deshalb, weil sie in dem Bereich, in dem ich arbeite, weit verbreitet sind. Zweitens weil sich in der Streikbewegung gezeigt hat, daß das Ideal einer Bildung, die sich wirtschaftlichen Verwertungsinteressen entzieht, Gruppen und Interessen zusammenführt, die man innerhalb eines gesellschaftlichen Kampfes ansonsten nicht so leicht auf derselben Seite findet: Studierende, die gegen die Durchsetzung neoliberaler Konzepte in allen gesellschaftlichen Bereichen auftreten, und Universitätslehrer, die in der Weitergabe eines durch akademische Traditionen kanonisierten Bildungsgutes einen Wert an sich sehen.

Beide sehen in der Forderung, die Studienpläne nach „Verwendungsprofilen“ der Absolventinnen und Absolventen auszurichten, eine Zumutung, gegen die man die Universität als Raum des Denkens, Forschens und Bildens verteidigen müsse.

Auch ich halte die „Verwendungsprofile“, die der ursprüngliche Gesetzesentwurf zur Orientierung der Studienpläne vorgesehen hat (und die auch der neue Entwurf in verwässerter Form enthält), für vollkommen inadäquat, sehe aber die merkwürdige Einstimmigkeit an diesem Punkt doch als Indiz dafür, daß es sich auch hier um eine Illusion handeln könnte, vielleicht sogar um eine Illusion, die für die geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächer besonders charakteristisch ist. Jedenfalls haben diejenigen, die den universitären Raum wieder verlassen haben, die Absolventinnen und Absolventen, die Universitäten weder als Orte der Forschung noch der Bildung wahrgenommen. Im nachhinein stellt sich ihr Studium als Phase des Lebens dar, in der sie Kenntnisse und Kompetenzen erworben haben, die ihre Chancen für erstrebenswerte gesellschaftliche Positionen verbessert haben oder sie jedenfalls verbessern hätten sollen - und das heißt auch: Kenntnisse, und Kompetenzen, die ökonomisch nutzbar sein sollten.

II: EINE NEURALGISCHE ZONE: DIE GEISTES- UND KULTURWISSENSCHAFTEN

Die Diskussion um die gesellschaftliche Funktion der Universität im Sommersemester 1996 und die Kämpfe gegen die Orientierung der Universitäts- und Bildungspolitik der Regierung wurde bekanntlich durch die „Sparmaßnahmen“ ausgelöst.

Das „Universitätssparpaket“ ruhte auf zwei Säulen:

- 1) auf einer drastischen Einschränkung der finanziellen Ressourcen im Bereich der Lehre. Das Ministerium schrieb den Universitäten vor, das gesamte Sparvolumen im Bereich der Lehre durchzuführen, die finanziellen Einschränkungen durften auch nicht teilweise auf die Sachausgaben verschoben werden.
- 2) auf einer drastischen Einschränkung der finanziellen Mittel der Studierenden, insbesondere auf der Bindung dieser Mittel an die Einhaltung der Mindeststudienzeit.

Schon seit Jahren besteht in manchen Bereichen der Universitäten eine so große Überlastung durch die Zahl der Studierenden, daß diese ihre Studien bereits unter den Bedingungen, die vor der Zeit des „Sparpakets“ gegeben waren, in der vorgeschriebenen Zeit nicht absolvieren konnten.

Die Maßnahmen des Sparpakets mußten und müssen daher wie zwei genau aufeinander abgestimmte Teile einer Strategie wirken, die zur Reduktion der Zahl der Studierenden führen soll (und bekanntlich im Studienjahr 1996/97 bereits geführt hat) - freilich nicht durch einen offiziellen numerus clausus, sondern durch die Demoralisierung der Studierenden und Lehrenden, indem die Rahmenbedingungen für sinnvolle Studien nachhaltig zerstört werden. Es ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß eine solche unausgesprochene Strategie auf einen „sozialen numerus clausus“ hinauslaufen muß, also zur Diskriminierung von Studierenden nach ökonomischer Stärke und sozialer Herkunft sowie nach geschlechtsspezifischen Unterschieden führen wird.

Das hat zu Protesten und einer erstaunlich lang anhaltenden Allianz zwischen den Universitäten, zwischen den Kurien (Professorinnen und Professoren, externer und interner Mittelbau, Studierende) und zwischen den Universitätslehrerinnen und Universitätslehrern geführt. Tragfähiger und länger anhaltend als in anderen Bereichen waren die Proteste und Diskussionen in den Bereichen der kultur- und geisteswissenschaftlichen Fächer. (Uni Wien: Gruwi-Fakultät, Gewi-Fakultät)

Diese Fächer waren und sind tatsächlich in mehrfacher Weise getroffen:

- durch die schon bestehende katastrophale Betreuungssituation der Studierenden in vielen Fächern - die „Gruwi“ ist die am schlechtesten ausgestattete Fakultät Österreichs.

- In diesen Fakultäten lehren besonders viele „externe Lehrbeauftragte“. Sie sind seit den 70er Jahren zunehmend in die Lehre einbezogen worden, um die Zahl der Lehrveranstaltungen den steigenden Zahlen von Studierenden anzupassen. Sowohl die Anzahl der „Externen“ als auch ihre Einkommen wurden durch die Maßnahmen am weitaus stärksten reduziert.
- Der erste Entwurf des UniStG sah vor, die Studiendauer in den „kultur- und geisteswissenschaftlichen“ Studien auf 6 Semester zu reduzieren.
- Dieser Entwurf sieht auch die Orientierung der Studienpläne an einem von den Interessenvertretungen der Wirtschaft formulierten „Verwendungsprofil“ der Absolventinnen und Absolventen vor. Dies wurde als besonders gegen die spezifischen Wertvorstellungen in den „kultur- und geisteswissenschaftlichen“ Fächern gerichtet empfunden - und als Versuch, diese Studien als nutzlos erscheinen zu lassen.
- Darüber hinaus zeigte sich im Lauf der Verhandlungen um ein neues Dienstrecht der Universitätslehrerinnen und Universitätslehrer, daß das vom Ministerium vorgesehene Dienstrecht zu einer deutlichen Umverteilung der Mittel zugunsten der technischen Universitäten und der naturwissenschaftlichen Fächer führen würde.

III. REPRODUKTION VON ANERKANNTEM WISSEN UND PRODUKTION VON NEUEM WISSEN - die beiden gegensätzlichen Funktionen der Universität.⁴

Auch in der Studie des französischen Soziologen Pierre Bourdieu „Homo academicus“ kristallisieren sich die „philosophischen“ und „sozialwissenschaftlichen“ Fächer als eine neuralgische Zone innerhalb der Universität heraus. Sie befinden sich nämlich in dem Bereich, in dem die beiden gegensätzlichen Aufgaben, die der Universität von der Gesellschaft und vom Staat gestellt werden, einander gleichsam überlappen und daher eine besonders spannungsreiche Situation hervorrufen.

Die Universität hat zunächst die Aufgabe der Reproduktion von anerkanntem Wissen. In der Weitergabe dieses Wissens an diejenigen, die eine akademische Ausbildung durchlaufen, werden nicht nur wissenschaftliche Fakten vermittelt, sondern auch eine bestimmte Haltung eingeübt: nämlich die Bereitschaft, das, was als Wissen zu einem gegebenen Zeitpunkt anerkannt ist, und die Prozeduren, nach denen es gesichert wird, in einer ganz bestimmten, geordneten Form zu übernehmen. (Die Zeit spielt in dieser Ordnung eine wesentliche Rolle: warten können, warten lassen, ein Gefühl dafür entwickeln, wieviel Zeit zur Arbeit an einer Dissertation, einer Habilitation angemessen ist, oder auch zur Zulassung zu einem Seminar, nicht zu früh zu viel wollen, all das muß anerkannt, muß erlernt werden und führt in den Individuen zu einem Gefühl für Distinktion, für die angemessenen Unterscheidungen: zwischen den Generationen, den Geschlechtern, den Begabten, den Fleißigen ...). Genau darin liegt auch ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, welche die Universität zu erfüllen hat: die Absolventinnen und Absolventen einer Universität sollen qualifiziert sein, gesellschaftlich vorgesehene Positionen, meist im oberen Bereich der sozialen Hierarchien einzunehmen. Ihre Qualifikation besteht in den Kenntnissen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben in solchen Positionen benötigen, aber auch in einer „Liebe zur Ordnung überhaupt“, die ebenso unerläßliche Voraussetzung wie Ergebnis akademischer Bildung ist. Die Universität bringt demnach Individuen hervor, die die Anerkennung der Ordnung des gelehrten Wissens gleichsam personifizieren und die für eine gesellschaftliche Ordnung, in der akademische Bildung mit ökonomischer, politischer und kultureller Macht belohnt wird, höchstpersönlich eintreten. Durch die Erfüllung ihrer Aufgabe, Wissen zu reproduzieren und zu verteilen, trägt die Universität wesentlich zur Reproduktion der bestehenden ökonomischen, politischen und kulturellen Machtverteilung bei.

⁴ In Abschnitt III und V verwende ich Passagen aus dem Artikel von Ulrike Felt und Elisabeth Nemeth (siehe Fußnote 3). Dort werden die hier verwendeten Überlegungen in einem anderen Argumentationszusammenhang weitergeführt.

Die Universität hat aber nicht nur eine reproduktive Funktion, sondern auch eine produktive; sie ist beauftragt, neues wissenschaftliches Wissen hervorzubringen und damit sowohl Teile des bereits gesicherten Wissens als auch die Verfahrensweisen, mit denen es gewonnen und gesichert wird, in Frage zu stellen und unter Umständen auch über Bord zu werfen. Die Notwendigkeiten, die sich aus der Aufgabe ergeben, im Namen der Freiheit des Denkens und der Forschung neue Typen von Fragen und Methoden durchzusetzen, stehen zur Aufgabe der Reproduktion von bereits anerkanntem Wissen in einem spannungsreichen Gegensatz, der allen in der Institution Universität handelnden Individuen einen Konflikt zwischen der sozialen und der wissenschaftlichen Berechtigung ihrer Tätigkeit vorschreibt.

Dieser Gegensatz tritt innerhalb des universitären Raums gleichsam personifiziert in Erscheinung, und zwar in zwei relativ eigenständigen Hierarchien: die eine folgt den Attributen von Anerkennung außergewöhnlicher wissenschaftlicher Leistungen (der Bezugspunkt im außeruniversitären Raum ist die wissenschaftliche Fachwelt), die andere folgt der Akkumulierung von inneruniversitären Machtattributen (die meist mit dem Zugang zu außeruniversitärer Macht, insbesondere in institutionellen Formen wie Akademien, politischen Parteien, akademischen Verbänden, Kirchen ... verbunden sind). Zwar ist jedes Fach, jede Fakultät, jedes Individuum den Anforderungen der beiden konkurrierenden Hierarchien unterworfen; aber im universitären Gesamttraum, über die Fakultäten hinweg, findet man den Gegensatz zwischen ihnen in sehr unterschiedlicher Weise verteilt. An dem einen Rand des universitären Raumes finden sich die naturwissenschaftlichen Fakultäten. Hier dominiert die „wissenschaftliche“ Hierarchie gegenüber der „sozialen“. Am anderen Rand - in den juristischen und medizinischen Fakultäten - findet sich die umgekehrte Dominanz. In der „Mitte“ - in den sozial -, human - und geisteswissenschaftlichen Fakultäten - sind die beiden Hierarchien ähnlich stark ausgebildet; daher findet in dieser mittleren Zone ein beständiger Kampf um die Dominanz einer der beiden Hierarchien statt

IV. DER STREIT DER FAKULTÄTEN: KANT 1798

Schon für Kant ist die Universität charakterisiert durch einen irreduziblen Spannungszustand zwischen den beiden Aufgaben, die dieser Institution vom Staat und von der Gesellschaft gestellt sind.⁵

Die erste Aufgabe der Universität ist es, Personen mit Kenntnissen und Fähigkeiten auszustatten, die sie in die Lage versetzen, gesellschaftliche Positionen einzunehmen, an denen sie zur Reproduktion der gesellschaftlichen und politischen Ordnung beitragen. Drei Fakultäten kommen nach Kant dieser Aufgabe nach: die theologische, die juristische und die medizinische Fakultät - sie bringen Prediger, Rechtsbeamte und Ärzte hervor. Diesen drei „oberen“ Fakultäten steht eine „untere“, die philosophische Fakultät gegenüber. Ihre Aufgabe ist es, den anderen Fakultäten, die Lehren im Dienst der Reproduktion der gesellschaftlichen und politischen Ordnung verbreiten, Einwürfe zu machen, den von ihnen verbreiteten Auffassungen Zweifel entgegenzusetzen. Diese Fakultät stellt die kritische Kraft der Vernunft innerhalb der Universität dar. Sie ist berechtigt und verpflichtet, durch ihre Einwürfe und Zweifel die Rechtfertigung jedes Wissensanspruchs vor dem Gerichtshof der Vernunft einzufordern.

Kant gibt in dieser Schrift eine soziologische Deutung der Autonomie der Vernunft. Das Programm der Aufklärung - habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen - wird hier dadurch gesellschaftlich verankert, daß ein Spannungszustand institutionalisiert wird. Die Universität ist der gesellschaftliche Ort, an dem ein Streit um den „Einfluß aufs Volk“(293) geführt wird, der nicht endgültig beigelegt werden kann, weil er um die Frage geht, in welcher Weise das „gelehrte Wissen“ gesellschaftlich wirksam werden soll. Die

⁵ Immanuel Kant: „Der Streit der Fakultäten“ (1798), in: Immanuel Kant: *Werke* Bd.11, hg. Von Wilhelm Weischedel, Frankfurt/Main 1964. Die Seitenangaben in diesem Abschnitt des Textes beziehen sich auf diesen Band.

„Geschäftsleute“ der drei oberen Fakultäten, deren Lehren von der Regierung sanktioniert werden, sind, so Kant, jederzeit bereit, wie „Wundermänner“ aufzutreten und dem „Volk“, das ohnehin die Tendenz hat, von den Gelehrten Wunderdinge zu erwarten, solche tatsächlich zu versprechen. Die Universität ist der Ort, an dem es einer besonderen Fakultät, der philosophischen, erlaubt ist, den von der Regierung sanktionierten Geschäftsleuten öffentlich entgegenzuarbeiten - allerdings nicht, um ihre Lehren zu stürzen, sondern um „der magischen Kraft, die ihnen und den damit verbundenen Observanzen das Publikum abergläubisch beilegt, zu widersprechen, als ob sie bei einer passiven Übergebung an solche kunstreiche Führer sich alles Selbsttuns überhoben und mit großer Gemächlichkeit durch sie zur Erreichung jener angelegenen Zwecke schon werde geleitet werden.“(294) Der Streit geht also um die magische Kraft, die das Publikum und die „Geschäftsleute“ der Gelehrsamkeit dem gelehrten Wissen gerne beilegen. Die Universität ist der Ort, an dem die magische Kraft des gelehrten Wissens gepflegt wird, und sie ist der Ort, an dem ihr öffentlich entgegengearbeitet wird.

Kants Schrift macht auf ein Ungleichgewicht in diesem Streit aufmerksam: drei Fakultäten stehen einer einzelnen gegenüber; und die drei sind die „oberen“, denen von der Regierung befohlen wird, die aber auch selbst befehlen können. Die philosophische dagegen nimmt den „unteren“ Platz ein; sie hat keine andere Verpflichtung als „nach der Autonomie, d.i. frei (Prinzipien des Denkens überhaupt gemäß) zu urteilen“ (290) und steht daher unter der Gesetzgebung der Vernunft und nicht der Regierung. Schon allein auf Grund des Ungleichgewichts kann man vermuten, daß die eine Seite immer wieder bedroht sein wird; die oberen, reproduktiven Fakultäten werden immer wieder versucht sein, die untere Fakultät zu verjagen oder ihr unter Hinweis auf ihre staats- und gesellschaftstragenden Funktionen den Mund zu verbieten. (291)

Die Maßnahmen des Sparpakets können als derartige Bedrohung gedeutet werden und sind von Studierenden und Lehrenden tatsächlich so gedeutet worden: in Zukunft wird es immer drastischere Einschränkungen der Zeit und des Raums geben, innerhalb derer die Einwürfe und die Zweifel der „unteren“ Fakultät erhoben und wirksam werden könnten; es scheint nicht mehr nötig, Wissensansprüche unter dem Gesichtspunkt des selbständigen Denkens und der Freiheit der Forschung zu rechtfertigen, sondern nur noch im Namen der ökonomischen und sozialen Verwertbarkeit.

Wenn aber - und international weisen viele Indizien in diese Richtung - die bestehende Krise der Universitäten eine grundlegende ist, dann muß der Kampf um einen gesellschaftlichen Ort der Vernunft als Kampf sowohl um die kritischen als auch um die reproduktiven Funktionen der Universität geführt werden.

Also: die kritische Kraft der Vernunft kann das, was sie im Sinn der Aufklärung gesamtgesellschaftlich leisten sollte, nur in einem Raum leisten, der primär Aufgaben der Reproduktion der gesellschaftlichen Ordnung erfüllt. Die Vernunft kann den universitären Raum nicht dominieren, weil sie auch den gesamtgesellschaftlichen Raum nicht dominieren kann. Und gesellschaftlich wirksam werden kann die kritische Kraft der Vernunft nur um den Preis, daß sie in einem Raum, in dem Wissen primär der Reproduktion der gesellschaftlichen Ordnung dient, öffentlich ihre Einwände und Zweifel erhebt. Das heißt selbstverständlich nicht, daß es selbstbestimmtes Denken und freies Forschen nicht auch außerhalb dieses Raums geben kann, gegeben hat und gibt. (Auch Kant spricht von „zunftfreien Gelehrten“, die sich in freien Kooperationen oder „gleichsam im Naturzustande der Gelehrsamkeit“ als deren „Liebhaber beschäftigen“. S.279f.) Aber die Konzeption der Aufklärung, die sich in Kants Schrift zeigt, besteht ja darin, eine Art von Koppelung zwischen den Verfahren der Reproduktion der gesellschaftlichen Ordnung und dem selbstbestimmten Denken und Forschen zu institutionalisieren und politisch zu garantieren. Die Universität war als dieser Raum konzipiert, und Kant zeigt, daß so etwas wie autonome Vernunft nur dann ein Stück weit gesellschaftliche Realität werden kann, wenn ein Raum existiert, in dem die magische Wirkung des gelehrten Wissens zwar nicht außer Kraft gesetzt, aber öffentlich in Zweifel gezogen wird.

V. DER STREIT DER FAKULTÄTEN: BOURDIEU 1984

Die doppelte Aufgabe, die Kant noch verschiedenen Fakultäten zugewiesen hat, findet Bourdieu in seiner Analyse der französischen Universität auf alle Fakultäten - freilich ungleichmäßig - verteilt vor. Der Streit findet im 20. Jahrhundert nicht mehr in erster Linie zwischen den Fakultäten statt, er wird vielmehr innerhalb der Fakultäten, innerhalb der einzelnen Fächer, ja sogar innerhalb der einzelnen Individuen ausgetragen. Denn jedes einzelne Individuum, das sich im universitären Raum bewegt, weiß sich beiden Legitimationsprinzipien verpflichtet, dem „sozialen“ und dem „wissenschaftlichen“ (Wissen im Dienst der Reproduktion der gesellschaftlichen Ordnung zu verteilen und neues Wissen hervorzubringen), und es weiß, daß die beiden Prinzipien miteinander konkurrieren. („*faculté*“ heißt im Französischen auch „Fähigkeit“. Im Streit der Fakultäten, wie Bourdieu ihn beschreibt, handelt es sich also auch immer um zwei miteinander konkurrierende Kompetenzen und Qualifikationen der Individuen: die „sozialen“, die „wissenschaftlichen“ Fähigkeiten).

Kein Bereich des universitären Raums ist dieser Auseinandersetzung vollständig entzogen: Fortschritte in einer wissenschaftlichen Disziplin - in jeder Fakultät - werden immer dort erzielt, wo es gelingt, Fragen und Methoden durchzusetzen, die das Gegenstandsfeld erweitern und neu ordnen. In derartigen Auseinandersetzungen geht es immer auch darum, ob es gelingt, Wahrnehmungs- und Argumentationsweisen, die bereits tradiert und daher sozial legitimiert sind, zu erschüttern und durch einen neuen Typ von Wahrnehmungs- und Denkformen zu ersetzen. Insofern können die inneruniversitären Kämpfe dazu führen, daß neue, mit den bisher etablierten Begriffen und Methoden nicht erfaßte Realitäten ein Stück weit sichtbar gemacht werden können. Aber eben nur ein Stück weit, denn - und darin besteht dieses bereits von Kant beschriebene „institutionalisierte Spannungsverhältnis“ - in einer Institution, deren Aufgabe die Reproduktion von Wissen ist, kann sich niemand dieser Funktion ganz entziehen. Bourdieu kann daher zwar davon sprechen, daß das wissenschaftliche Denken eine ihm immanente Notwendigkeit entwickelt - sie ist aber dennoch an eine äußere, „soziale“ Notwendigkeit gebunden. Diese gibt gleichsam einen Widerstand vor, gegen den das unabhängige Denken und die freie Forschung ihre Autonomie überhaupt erst zu artikulieren und durchzusetzen in der Lage sind. Es gibt also keine autonome Autonomie. „Fortschritte“ in der Wissenschaft werden demnach nicht auf Grund von beschaulicher Forschertätigkeit unter möglichst ungestörten Bedingungen erreicht, sondern als Ergebnis von Kämpfen um die Dominanz der wissenschaftlichen Hierarchie über die soziale.

Die Universität unterwirft diese Kämpfe ganz spezifischen Bedingungen. Diese sind mit den Spielregeln eines Spiels vergleichbar, in dem es das Ziel der Spieler ist, Anerkennung im universitären Raum zu erlangen. Die Chancen in diesem Spiel sind nicht nur ungleich verteilt (die Chancen auf Gewinne variieren systematisch nach Geschlecht, sozialer und geographischer Herkunft, Schulabschlüssen und anderen Variablen), sondern sie gehören auch zwei völlig unterschiedlichen Spielen an, die aber immer gleichzeitig gespielt werden: dem Spiel um „soziale Anerkennung“ und dem Spiel um „wissenschaftliche Anerkennung“. Eine Position im universitären Raum erreichen kann nur, wer über eine Mindestanzahl von Karten in beiden Spielen verfügt. Je länger aber und um je höhere Positionen gespielt wird, desto unvermeidlicher wird es, auf eine der beiden Typen von Spielkarten zu setzen: was sich über den universitären Raum hinweg als Riß zwischen den Fakultäten darstellt, ist eine reale Konfliktsituation für die Individuen, die in diesem Raum um Gewinne kämpfen. Daß die beiden Arten von Anerkennung nur in den seltensten Fällen gleichmäßig steigen, zeigt sich nicht nur im „Riß“ in der Verteilung von Merkmalen institutioneller Macht und wissenschaftlicher Anerkennung im universitären Raum, sondern auch in den Schwierigkeiten der Individuen, die Eigendynamik von sozialen Verpflichtungen mit den Anforderungen einer eigenständigen Forschungspraxis in ihrem „Zeitbudget“ zu verbinden. Im mittleren Bereich ist die Lage besonders gespannt: hier gelten nicht nur - wie im gesamten universitären Raum - zwei verschiedene Typen von Spielkarten. Während an den Rändern eindeutig festgelegt ist, von welcher der beiden Kartentypen eine größere Anzahl

akkumuliert werden muß und damit klar ist, welches der beiden Spiele letztlich den Ausgang bestimmt, ist der Kampf um Anerkennung im mittleren Bereich nie nur Kampf um das Erringen eines Platzes in einer Hierarchie, sondern auch darum, welche von den beiden Hierarchien, welches der beiden Spiele entscheidend sein soll. Schon das Studium stellt sich hier teilweise als Prozeß der Orientierung über die Regeln dar, nach denen die Auseinandersetzungen um die Dominanz der wissenschaftlichen oder der sozialen Hierarchie verlaufen.⁶

VI. EINE OPTISCHE TÄUSCHUNG

Zurück zu meiner Vermutung, das Ideal einer Bildung, die sich wirtschaftlichen Verwertungsinteressen entzieht, wäre eine akademische Illusion, die für die „Geistes- und Kulturwissenschaften“ besonders charakteristisch ist. Mit Hilfe von Bourdieus Schema können wir diese Illusion auf die Lage der kultur- und geisteswissenschaftlichen Fächer innerhalb des universitären Raums zurückführen: es handelt sich um eine Art optischer Täuschung, die sich in der „mittleren Zone“ aufdrängt. Das oben beschriebene Spiel wird ja nicht nur darum gespielt, Positionen im universitären Raum zu erreichen. Für den größten Teil derer, die in das „Spiel“ eintreten, geht es darum, die Anerkennung im universitären Raum (in Form von Diplomen) als „Spielkarte“ im Spiel um eine Position in den gesellschaftlichen Räumen außerhalb der Universität nützen zu können. Und unter diesem Gesichtspunkt scheinen auf den ersten Blick die in der „mittleren Zone“ vermittelten Kenntnisse und Kompetenzen - im Vergleich zu den Fächern an den „Rändern“ - tatsächlich viel weniger „verwertbar“: Technik und Naturwissenschaften auf der einen Seite sind in vielfältiger Weise mit der nationalen und internationalen Wirtschaft verbunden; für die Absolventinnen und Absolventen der alten „oberen Fakultäten“ auf der anderen Seite sind nach wie vor wichtige staats- und gesellschaftstragende Positionen vorgesehen, wenn deren Zahl auch insgesamt im Sinken begriffen sein mag.

Die „Verwertbarkeit“ des hier Erlernten liegt in der mittleren Zone wirklich „nicht nahe“ - im wörtlichen Sinn: die Geistes- und Kulturwissenschaften sind von den „Rändern“, an denen der universitäre Raum die anderen gesellschaftlichen Räumen berührt und in die Reproduktion der gesellschaftlichen Ordnung einbezogen ist, am weitesten entfernt. Daraus entsteht der Anschein einer relativen Geborgenheit am großen Herzen der Alma Mater. Von hier aus kann einem Teil ihrer Kinder der Innenraum des mütterlichen Leibes als „Raum, den das Denken braucht,“ erscheinen, anderen dagegen als Hort der humanistischen Werte unserer Kultur oder auch als Quelle von Reflexions- und Kritikfähigkeit.

Um Illusionen handelt es sich dabei zunächst deshalb, weil Universitätsdiplome auch in Studien, die weder nach dem Modell der Naturwissenschaften noch dem von Jus und Medizin „verwertbar“ sind, den Zugang zu gesellschaftlichen Positionen und Tätigkeitsfeldern erleichtern. Wenn auch die Zahl von arbeitslosen Akademikerinnen und Akademikern drastisch steigt, hat die Universität ihre Funktion, solche Zugänge zu erschließen, keineswegs eingebüßt. Allerdings gilt für die Berufslaufbahnen im Prinzip dasselbe wie für den Zugang zu und die Positionierung innerhalb der Universität: die Wahrscheinlichkeit, mit der ein akademischer Grad den Zugang zu einer angestrebten Position erleichtert, variiert systematisch mit den zusätzlichen „Kapitalien“, den „Spielkarten“, die die Absolventinnen und Absolventen in ungleicher Verteilung mitbringen, und dies sind vor allem ökonomische Stärke, soziale Herkunft und Geschlecht.

Für die „mittlere Zone“ gilt das nicht in geringerem, sondern sogar in höherem Maß als für die Studien an den „Rändern“. Denn je weniger genau das Berufsbild, das mit einem Studium verbunden ist, umrissen wird, und je weniger genau die Schritte zur Erreichung des Ziels definiert und formalisiert sind, desto mehr kommen die „informellen“ Voraussetzungen zum Zuge.⁷ Das heißt: gerade in diesem Bereich kann die „magische Kraft“ der

⁶ dazu ausführlicher: auf Ulrike Felt/Elisabeth Nemeth (1996)

⁷ Bourdieu hat immer wieder analysiert, welche Mechanismen dazu führen, daß das Bildungssystem bei offiziell verkündeter Chancengleichheit die Chancen derer, die es durchlaufen, systematisch - wie durch soziale Magie - entsprechend der „mitgebrachten“ sozialen, ökonomischen und geschlechtlichen Voraussetzungen verstärkt und sie keineswegs ausgleicht.

Gelehrsamkeit ihre schönsten Blüten treiben. Wann und wie man diese Blüten erntet und zu welchen Gelegenheiten man sie trägt, werden diejenigen am besten wissen, die früh genug gelernt haben, daß Bildungsgüter zu den wichtigsten gesellschaftlichen Distinktionsmerkmalen gehören.

Wenn sich die Diagnose, daß die gegebenen politischen und ökonomischen Bedingungen zu einem sozialen numerus clausus an den Universitäten führen werden, bewahrheitet, dann wird vielleicht - ich wage hier ganz ungeschützt eine Prognose - die Zahl der Studierenden in den geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächern prozentuell weniger sinken als in den Fächern an den „Rändern“. Falls nämlich auf der Seite der technisch/naturwissenschaftlichen (und wirtschaftswissenschaftlichen) Studien, ebenso wie in Medizin und Jus die Aussichten auf einen schnellen und relativ sicheren Zugang zu erstrebenswerten gesellschaftlichen Positionen weiterhin sinken sollten, dann wird die mittlere Zone in noch höherem Ausmaß zu dem werden, was sie allerdings auch jetzt schon ist: nämlich zu der Zone, in der sich diejenigen finden, die auf Grund ihrer familiären Herkunft aus dem mittleren und oberen Bereich der sozialen Hierarchien zwar Erwartungen auf gehobene gesellschaftliche Positionen mitbringen, aber angesichts der verringerten Anzahl von „vorgesehenen“ Laufbahnen nun auf den Abschluß in einem Studium setzen müssen, das jedenfalls ihre Liebe zur akademischen Bildung und damit zur universitären und gesellschaftlichen Ordnung überhaupt beweist. Und eine solche Qualifikation wird auch in Zukunft den Personen, die über die entsprechende gesellschaftliche Ausgangslage verfügen, zu verbesserten Chancen verhelfen. Wie schon gesagt: diese Funktion erfüllen die Geistes- und Kulturwissenschaften auch heute schon zu einem guten Teil; zum anderen Teil freilich haben sie bisher auch den Teilen der Bevölkerung, denen eine akademische Laufbahn nicht an der Wiege vorhergesagt war, Zugang zu einer überdurchschnittlichen Qualifikation und damit im Prinzip jedenfalls die Chance geboten, diese zu einem gesellschaftlichen Aufstieg zu nützen. So sind bekanntlich Frauen in den geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächern prozentuell besonders hoch vertreten. Aber auch unter dem Gesichtspunkt des sozialen und ökonomischen Hintergrunds ist - jedenfalls in den Ergebnissen von Bourdieu - die Zusammensetzung der Studierenden und Lehrenden hier heterogener als an den Rändern. Falls sich nun die Sparmaßnahmen so auswirken sollten wie von vielen befürchtet, dann wird dieser letztere Typ von Studierenden zunehmend von der Universität verschwinden.

VII. ZUM PROJEKT EINER SOZIOLOGISCH VERANKERTEN VERNUNFT

Es ist zu befürchten, daß die Veränderung, die sich im „Universitätssparpaket“ manifestiert, eine reale Verschlechterung der Aufstiegschancen über Bildung bringen wird - auch wenn das bisher bestehende Bildungssystem diesbezüglich viel weniger effizient war als manche von denen, die es heute verteidigen, wahrnehmen wollen.

Darüber hinaus aber droht ein zentrales politisches Projekt der Aufklärung ersatzlos gestrichen zu werden. Dieses zielte darauf ab, den Zugang zu gesellschaftlichen Positionen, von denen aus die Reproduktion der sozialen Ordnung kontrolliert wird, an die Vermittlung von Wissen zu binden - und zwar gekoppelt mit der Erfahrung, daß die Arbeit an begründetem Wissen immer auch darin besteht, die überkommenen Gegenstände, Methoden, Wahrnehmungs- und Argumentationsformen von Grund auf in Frage zu stellen. Wenn der international bestehende Trend zur Ausgliederung der Forschung aus den Universitäten politisch legitimiert wird durch Maßnahmen, die die Universitäten zu reinen Lehrinstitutionen machen würden, dann bedeutet dies den politischen Verzicht auf den Raum, in dem diese Koppelung institutionalisiert war.

Kant hat daran geglaubt, daß eine soziologisch verankerte Vernunft auch für die „Regierung“ von großem Wert ist und daß dieser Wert denen plausibel gemacht werden kann, die den Raum, in dem die öffentliche Auseinandersetzung stattfindet, politisch zu garantieren haben. Und er hat dafür sehr interessante Argumente gefunden. Nach Kant kommt einer relativ unabhängigen „gelehrten Welt“ eine wichtige Funktion für die Erhaltung einer aufgeklärten

politischen und gesellschaftlichen Ordnung zu. Gäbe es eine solche institutionalisierte gelehrte Welt nicht, würden alle beliebigen neuen Lehren und Meinungen direkt im „Publikum“ verbreitet, dabei könnte den abgläubischen Neigungen des Volks das Wort geredet und allen möglichen gesellschafts- und staatsgefährdenden Gefolgschaften Vorschub geleistet werden. „Dagegen gehen die Lehren und Meinungen, welche die Fakultäten unter dem Namen der Theoretiker unter einander abzumachen haben, in eine andere Art von Publikum, nämlich in das eines gelehrten gemeinen Wesens, welches sich mit den Wissenschaften beschäftigt; wovon das Volk sich selbst bescheidet, daß es nichts davon versteht, die Regierung aber mit gelehrten Händeln sich zu befassen für sich nicht anständig findet.“(298) Und würden die „Geschäftsleute“ der Regierung nicht mit der Erfahrung konfrontiert, daß auch das als gesichert geltende und von der Regierung sanktionierte Wissen auf seine vernünftige Begründung hin in Zweifel gezogen werden kann, wären sie kaum in der Lage, notwendige Veränderungen in der staatlichen Ordnung mitzutragen. Staatsdiener ohne Schulung in Kritik und Zweifel am Anerkannten könnten sich, so Kant, bald als Gefahr für die Regierenden selbst entpuppen, sobald diese nämlich Veränderungen für notwendig erachten, während ihre Beamten den bisherigen Stand des Wissens für unumstößlich ansehen.

Bourdieu hat die weitergehende Soziologisierung der Vernunft im 20. Jahrhundert durchleuchtet und darauf aufmerksam gemacht, daß unter den Bedingungen der modernen Wissenschaften - die sich zu einem relativ unabhängigen Feld gesellschaftlicher Produktion ausdifferenziert haben - der „Streit der Fakultäten“ nicht zu trennen ist von den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Individuen und Gruppen, die darum kämpfen, gesellschaftliche Positionen zu erreichen oder zu verteidigen, und dies auch dadurch tun, daß sie um die Durchsetzung von neuen Formen und Gegenständen des Wissens kämpfen bzw. die bereits etablierten Formen und Gegenstände des gesellschaftlich legitimierte Wissen - der Wissenschaften - verteidigen.

Wenn Bourdieus Analyse Gültigkeit hat, dann gewinnt der Spannungszustand, in dem schon Kant das Wesen der soziologisch verankerten Vernunft erkannte, in der „mittleren Zone“ der Universität gegenüber den „Rändern“ eine genau definierte Dimension dazu: hier wird die Auseinandersetzung, die für die Universität insgesamt charakteristisch ist, zu einer bewußten und konkreten Erfahrung der in diesem Bereich handelnden Individuen. Hier, in dem Bereich der Institution, in dem keine ihrer beiden gegensätzlichen Funktionen - Reproduktion und Produktion von Wissen - eindeutig dominiert, machen die handelnden Individuen spezifische Erfahrungen und sammeln spezifische Erkenntnisse, insbesondere die Erkenntnis, daß die Erweiterung von gesellschaftlichem Wissen sich nicht der Akkumulation von vorgeblich Wissenswertem verdankt, sondern den Auseinandersetzungen um die Frage, was in einer gegebenen historischen Situation als wissenschaftliche Frage durchgesetzt werden kann und was nicht. Nur hier wird sichtbar und erfahrbar, daß das, was als wissenschaftlicher Gegenstand Anerkennung findet, nicht das Ergebnis von anonymen geistigen, materiellen oder sonstigen Entwicklungsprozessen ist, sondern Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe. In diesem Sinn setzt die „mittlere Zone“ Kants Streit der Fakultäten unter modernen Bedingungen um: in den kultur- und geisteswissenschaftlichen Fächern kann die Frage, welche Begriffe, welche Fragestellungen und welche Methoden zu einem Wissen führen, das als wohlbegründet zu gelten hat, prinzipiell nicht als bereits beantwortet gelten. Es ist die institutionelle Struktur der „mittleren Zone“, die die Individuen, die in diesem Bereich Anerkennung ihrer Gegenstände und Fragestellungen finden wollen, dazu zwingt, sich dafür zu entscheiden, ob sie zugunsten der Dominanz der „reproduktiven“ Funktion oder der „produktiven“ arbeiten wollen.

VIII. DIE GEFÄHRDUNG VON INNEN

Sowohl die spezifischen Gefährdungen der Geistes- und Kulturwissenschaften als auch deren spezifische Chancen können mit Hilfe der Kategorien Kants und Bourdieus schärfer umrissen werden.

Die größte Gefährdung, die der Weiterführung des „Streits der Fakultäten“ in der „mittleren Zone“ der Universitäten droht, geht von diesen Zonen selbst aus. Die in der Protestbewegung zutage getretene Harmonie täuscht nämlich leider nicht. Daß sich Universitätsangehörige mit so extrem unterschiedlichen sozialen Voraussetzungen (männliche und weibliche Studierende unterschiedlichster sozialer Herkunft, externe Lektorinnen und Lektoren, wissenschaftliche Beamtinnen und Beamten, interne Dozentinnen und Dozenten in Fast-Professoren-Status, Ordinarien...) so schnell darauf einigen konnten, daß es darum gehe, die Universität als gesellschaftlichen Freiraum einer genuinen, der gesellschaftlichen Verwertung entrückten Bildung und eines den disziplinierenden Zwängen entzogenen Denkens zu verteidigen, ist nur zu einem geringen Teil als Strategie nach außen zustande gekommen. Das an der Universität dominierende Selbstverständnis in den Geistes- und Kulturwissenschaften kommt in dieser Auffassung richtig zum Ausdruck. Wenn die Angehörigen der geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächer um die aufklärerische gesellschaftliche Funktion der Universität, wie Kant sie formuliert hat, kämpfen wollen, werden sie zu allererst ihr Selbstverständnis revidieren müssen. Diese Fächer werden ihre reale gesellschaftliche Funktion nur dann erfüllen (und wiederfinden) können, wenn die Studierenden und Lehrenden diese Zone nicht als einen relativen Freiraum verstehen, innerhalb derer die Frage nach der gesellschaftlichen Nutzung der vermittelten Kenntnisse und Fähigkeiten unter Hinweis auf unantastbare Werte - seien diese Persönlichkeitsbildung oder freies Denken - weitgehend außer Streit gestellt wird. Ganz im Gegensatz zu dem Bild, das - auf Grund der oben skizzierten „optischen Täuschung“ - innerhalb dieser Fächer dominiert, ist diese Zone als die am heftigsten umkämpfte Zone der Universität zu begreifen. Nur unter dieser Voraussetzung könnte, so scheint mir, die spezifische Produktivität dieser Zone in Gang gesetzt werden.

Die Proteste im letzten Jahr haben darauf aufmerksam gemacht, daß der Streit darum, welches Wissen als begründet zu gelten hat, gleichsam von außen unterbunden werden kann, indem die sozialen und politischen Rahmenbedingungen des Raums, in dem er geführt wird, zerstört werden. So wichtig der Widerstand dagegen war, so wichtig ist es jetzt, darauf hinzuweisen, daß dieser Streit auch „von innen“ unterbunden werden kann und tendenziell wirklich unterbunden wird. Im Bereich der „Kultur- und Geisteswissenschaften“ kann dies vor allem auf zwei Wegen geschehen: erstens indem die Magie des gelehrten Wissens möglichst ungebrochen weitergegeben wird. Das ist überall dort der Fall, wo den Absolventinnen und Absolventen der Eindruck und die Haltung vermittelt wird, daß Wissen dann als wohlbegründet zu gelten habe, wenn es in der *docta opinio* einer Gruppe von Gelehrten, *doctores* und *professores*, verankert ist. Die im Studium erworbenen Kenntnisse, Haltungen, Sprachregelungen ... erscheinen unter diesen Bedingungen als Beweise der Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Die Tendenz zur Herausbildung solcher Gruppenidentitäten führt in der Universität zu einer Abgrenzung der Fächer voneinander, einer Abgrenzung, die sich der Logik der Selbstbehauptung im akademischen Universum verdankt und keineswegs in der Logik der Forschung begründet ist. Innerhalb der einzelnen Fächer zeigt sich diese Tendenz in der Reproduktion von Schulen und Orthodoxien, in denen Lehrer und Schüler sich gemeinsam als Hüter eines kanonisierten Bildungsguts verstehen und so an einer Stilllegung des Streits der Fakultäten „von innen“ arbeiten. Der Streit kann aber zweitens auch wie von selbst verebben, wenn die Reibungsflächen zur gesellschaftlichen Reproduktion verloren gehen oder bewußt ausgeblendet werden. Auf diese Gefahr aufmerksam zu machen, scheint mir besonders wichtig, weil sie von vielen Personen, die die Bildungspolitik der Regierung kritisieren, übersehen wird. Man kann die Universität dadurch zerstören, daß man sie mit Lehraufgaben überhäuft und die Forschung systematisch minimiert - und damit die Stilllegung des „Streits der Fakultäten“ von außen zementiert. Man kann aber die Universität - und ich rede jetzt immer insbesondere von deren „mittlerer Zone“ - auch dadurch zerstören, daß man ihr die „reproduktive“ Aufgabe abspricht, nämlich Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die ökonomisch und sozial verwertbar sind.

Bourdieu's Analyse macht darauf aufmerksam, daß am Ende des 20. Jahrhunderts die Fragen sozialer Gerechtigkeit im Bildungssystem, wie sie der in die Wege geleitete „soziale

„numerus clausus“ aufwirft, nicht zu trennen sind von der Frage nach dem strukturellen Überleben einer der Aufklärung verpflichteten Universität. Denn in einer Gesellschaft, in der die Universität nicht nur - wie in Kants Konzeption - die Einsetzung von Beamten und Predigern kontrolliert, sondern akademische Diplome Zugangsbedingungen zu den meisten höheren Positionen in den sozialen, politischen und ökonomischen Hierarchien darstellen, unterstützt jede Verstärkung der „magischen Gelehrsamkeit“ innerhalb der Universität die Reproduktion der bestehenden Hierarchien der gesamten Gesellschaft. Das Ideal einer der gesellschaftlichen Verwertung entzogenen Bildung an den Universitäten trägt in diesem Sinn zur Instrumentalisierung des höheren Bildungssystems zugunsten der Reproduktion bestehender gesellschaftlicher Machtverteilungen bei. Es blockt die Flächen, an denen sich die akademische Lehre mit veränderten Anforderungen der gesellschaftlichen Reproduktion reiben kann, ab und verhindert damit sowohl die theoretische Auseinandersetzung über diese veränderten Anforderungen als auch den Zugang der Individuen, die um die Wahrnehmung und Durchsetzung veränderter Anforderungen kämpfen - und zwar den Zugang sowohl zu Positionen innerhalb wie außerhalb der Universität. In der „mittleren Zone“ ist die Komplizität zwischen der „magischen Gelehrsamkeit“ und der Reproduktion bestehender sozialer Hierarchien besonders wirksam und bedrohlich, weil es an den Rändern des universitären Raums weniger leicht möglich ist, die Abschottung sowohl von veränderten Forschungslagen als auch von veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Anforderungen so weit zu treiben wie im „mittleren Bereich“. Hier kann die Magie der Gelehrsamkeit lange Zeit ziemlich pur überleben.

IX. DER BLICK VON AUSZEN - EINE UNERWARTETE CHANCE

Chancen zur Wiederbelebung einer aufklärerischen Konzeption der Universität sehe ich nur, wenn diejenigen, die an den Universitäten - insbesondere im Bereich der „Geistes- und Kulturwissenschaften“ - studieren und lehren, die „Reibungsflächen“ ausdrücklich suchen, das heißt ebenso die Vermittlung von ökonomisch und sozial verwertbaren Kenntnissen und Fertigkeiten einfordern wie die rigorose Öffnung für die außeruniversitäre und internationale Forschung. Das letztere klingt wie ein Gemeinplatz, ist aber in der Praxis alles andere als selbstverständlich⁸. Die Forderung nach sozialer und ökonomischer Verwertbarkeit ist, soweit ich sehe, im Bereich der „Kultur- und Geisteswissenschaften“ in Österreich nach wie vor weitgehend tabu. Solange freilich die Lehrenden und Studierenden dieses Tabu nicht durchbrechen, wird der soziale und ökonomische Wert von kultur- und geisteswissenschaftlichen Diplomen und Doktoraten zwar sehr wohl festgelegt werden, nur eben durch Mechanismen außerhalb der Universitäten - sei es wie bisher dadurch, daß zusätzliche „Spielkarten“ (wie soziale Herkunft und Geschlecht) bestimmen, ob Universitätsdiplome die Chancen auf eine angestrebte berufliche Laufbahn erhöhen, sei es, daß Berufs- und Interessenvertretungen und Politiker in Hinkunft die Studienpläne mitbestimmen werden - wobei angesichts der geradezu grotesken Konstruktionen, die das neue UniStG diesbezüglich vorsieht, die Wahrscheinlichkeit, daß es beim schon bewährten alten Modell - dem der „Spielkarten“ - bleiben wird, außerordentlich hoch ist.

Nicht auf den höheren Ebenen der Institutionen (Gesamtuniversität oder Fakultäten auf der einen und Interessenvertretungen, Berufsverbände etc. auf der anderen Seite) scheint mir die Suche nach „Reibungsflächen“ Aussicht auf Erfolg zu haben, sondern auf der Ebene der realen Arbeitseinheiten, den Instituten und Studienrichtungen. Nur wenn Personen, die auf dieser Ebene miteinander arbeiten, von sich aus gesellschaftliche Tätigkeits- und Arbeitsfelder zu erschließen beginnen, wird es für sie sowohl bei deren Gestaltung etwas mitzureden als auch wirklich etwas zu lernen geben, und zwar oft anderes als sie immer schon erwartet haben. Wichtig scheinen mir derartige Bemühungen auch deshalb zu sein,

⁸ Die Tendenz zur „internen“ Reproduktion wohnt der Universität inne wie jeder anderen Institution - und die Behendigkeit, mit der manche Institute die Sparmaßnahmen zum Anlaß nahmen, die Anzahl der „externen Lektorinnen und Lektoren“ zu reduzieren und damit die Konkurrenzbedingungen zugunsten der „internen“ Lehrenden wieder einzuschränken, spricht diesbezüglich für sich.

weil sie in das Selbstverständnis der Studierenden und Lehrenden eine Außenwahrnehmung einführen könnten, die einen neuen Blick freigibt auf die spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten, die in den kultur- und geisteswissenschaftlichen Studien vermittelt werden - aber auch auf die spezifischen Defizite. Daß dabei anderes zu Tage treten kann als erwartet, zeigte eine Diskussion zwischen Universitätsangehörigen und führenden Unternehmern, die im Jahr 1993 vom Außeninstitut der Universität Wien organisiert worden ist. Die Ausbildungsmängel von Akademikern wurden damals von seiten der „Wirtschaft“ nicht etwa darin gesehen, daß die im Studium vermittelten Inhalte dem Anforderungsprofil der jeweiligen Unternehmen zu wenig entsprächen. Genannt wurde vielmehr einerseits die Unfähigkeit, in Teams zu arbeiten, und andererseits die Tendenz von Akademikerinnen und Akademikern, Schwierigkeiten und Fehlerquellen, die im Lauf einer Arbeit aufgetreten sind, nicht zu benennen, sondern das Ergebnis eher als abgesichert erscheinen zu lassen, es den Erwartungen anzupassen und zu glätten. Das sind charakteristische Schwächen eines akademischen Schulbetriebs, in dem die Schüler lernen, die eigene Arbeit im vorhinein abzusichern, so daß sie vor dem prüfenden Auge eines Professors oder einer Gutachterin möglichst unangreifbar erscheint.

Der „Blick von außen“ legt hier Defizite frei, die unerwarteterweise Argumente zugunsten einer frühzeitigen und kontinuierlichen Einübung der Studierenden in die Forschung liefert - denn wo und wie sonst sollten Akademikerinnen und Akademiker lernen, in selbständiger Weise gemeinsam mit anderen Personen Fragestellungen zu erarbeiten, wissenschaftliche Begriffe zur Weiterentwicklung neuer Problemstellungen zu konzipieren, Schwierigkeiten bei der Lösung anstehender Fragen zu erkennen und benennen? Der „Blick von außen“ macht in diesem Fall die Universitätslehrer darauf aufmerksam, daß in ihrer akademischen Praxis die Verbindung von Lehre und Forschung mehr zu wünschen übrig läßt als sie selbst wahrnehmen können. Und vor allem macht er darauf aufmerksam, daß unter dieser Verbindung nicht nur die Einbeziehung neuer Forschungsergebnisse in die Vorlesungen und Seminare verstanden werden darf, sondern die Vermittlung von Kenntnissen, Methoden und Erfahrungen, die die Absolventen in die Lage versetzen, gemeinsam mit anderen Personen an neuen Typen von Fragestellungen zu arbeiten.

Statt zur Erstellung von „Qualifikations- und Verwendungsprofilen“, die den gesellschaftlichen Entwicklungen sowieso immer hinterherhinken und denen vom Gesetz bizarre bürokratische Wege vorgeschrieben werden, sollten die Studienrichtungen und Institute darauf verpflichtet werden, die Erschließung von Arbeits- und Tätigkeitsfeldern von sich aus voranzutreiben und solche Versuche nachweislich zu evaluieren. Die Erfahrung, in Teams an der Konzipierung und Durchführung von Forschungsprojekten zu arbeiten, und die dabei entwickelten Fähigkeiten müßten als vorrangige Ausbildungsziele in allen Phasen der Studienpläne verankert werden. Auch die Evaluierung dieser Bemühungen sollte verpflichtend zunächst auf der Ebene der Institute und Studienrichtungen durchgeführt werden, wobei hier den Stimmen der Studierenden höchstes Gewicht gegeben werden müßte. Man könnte sich hier eine Konstruktion vorstellen, die der Neuregelung der Stimmberechtigung in den Habilitationskommissionen folgt, freilich unter umgekehrten Vorzeichen. Bekanntlich haben dort die Studierenden und die nicht habilitierten Assistenten kein Stimmrecht mehr - mit dem Argument, daß sie die Qualifikation, die beurteilt werden soll, selbst gar nicht besitzen. Entsprechend müßten auf der Ebene der Studienrichtungen und Institute Kommissionen zur Evaluierung der Ausbildung eingerichtet werden, in denen die Paritäten und Stimmberechtigungen so verteilt sind, daß die Studierenden von den Professoren und Mittelbauangehörigen in keinem Fall überstimmt werden können. Schließlich - Alice Pechriggl hat vor kurzem darauf hingewiesen - gehört eine akademische Ausbildung zu denjenigen Gütern, von denen schon Aristoteles wußte, daß nur die Nutzer ihren Wert beurteilen können.

Spezifische Chancen der „geistes- und kulturwissenschaftlichen“ Studien könnten gerade in dem erhöhten Spannungszustand zwischen der wissenschaftlichen und der sozialen Legitimierung in diesem Bereich liegen. Denn theoretische und praktische

Auseinandersetzungen um die Frage, woher wissenschaftlich begründetes Wissen seine Legitimation erhält und welchen gesellschaftlichen Wert solchermaßen legitimierte Wissen darstellt, sind von außerordentlich hoher Aktualität - oder vielmehr sollten sie es sein. Der große Prestigeverlust, dem die Wissenschaften in diesem Jahrhundert unterworfen waren, ist nicht nur auf ihre Verstrickung in die größten Verbrechen und Zerstörungen zurückzuführen, sondern auch auf die inzwischen weitverbreitete Erfahrung, daß jedem wissenschaftlichen Gutachten, das zur Entscheidungsfindung in gesellschaftlich und politisch brennenden Fragen beitragen soll, sicherlich wenigstens ein Gutachten gegenübergestellt werden kann, das zu anderen Ergebnissen kommt. Falls Bourdieus Analyse zutrifft, dann können diesbezüglich vor allem in „mittleren Bereich“ der Universität die Erfahrungen gesammelt werden, von denen ausgehend eine theoretische Durchleuchtung des Verhältnisses von sozialer und wissenschaftlicher Legitimation des Wissens erfolgen muß. Die Zerstörung der institutionellen Struktur, die die Individuen zu einem Streit um diese beiden Legitimationen zwingt - einem Streit, der nach Kant niemals beigelegt werden kann - würde jedenfalls einschneidende Folgen für eine Gesellschaft haben, deren Reproduktion mit den Entwicklungen in Wissenschaft und Technik aufs engste verbunden ist und in der gleichzeitig das Mißtrauen und die Skepsis gegenüber den Wissenschaften weiterhin drastisch steigt. Schon Kant hat davor gewarnt, daß in einem Gemeinwesen, das zu seiner Reproduktion auf die Hervorbringung und Verteilung von Wissen angewiesen ist, kunstreiche Führer die abergläubischen Neigungen der Menschen nützen, vor ihnen als die „Wissenden“ auftreten und ihnen Wunderdinge versprechen werden - es sei denn, es gibt einen Raum, in dem die Magie der Gelehrsamkeit gepflegt und ihr entgegengearbeitet wird.